



Christopher Wetzel
Fraktionsvorsitzender
christopher.wetzel@gmx.de
Tel. 0162/ 9704097
01.05.2023

An den
Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Herr Konstantin Großmann
Darmstädter Straße 25
68647 Biblis

Antrag der CDU-Fraktion für die Sitzung der Gemeindevertretung am 24.05.2023

F02/2022: Schaffung von Wohnraum

Sehr geehrter Herr Großmann, sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Aufnahme des untenstehenden Antrags auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung (hier: 24.05.2023):

1. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt unverzüglich die gemeindeeigenen Immobilien durch die Hinzuziehung von sachkundigen Experten mit Blick auf die Schaffung von sozialem Wohnraum bzw. Unterkünfte für Geflüchtete untersuchen zu lassen. Der Zielhorizont soll die Bezugsfertigkeit im Frühjahr 2025 sein.
2. Die Gemeindeverwaltung soll für das Grundstück Bahnhofstraße 21 unter Hinzuziehung von immobilienwirtschaftlichen Experten ein Konzept erstellen, wie das Grundstück für wohnungsbauliche Zwecke (sozialer Wohnungsbau, Unterbringung von Geflüchteten) genutzt werden kann. Es sind mehrere Alternativen zu erarbeiten und diese mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit zu bewerten (eigener Invest, Konzeptvergabe, Abbruch/Neubau, Sanierung etc.)
3. Die Ergebnisse sind der Gemeindevertretung bis spätestens November 2023 vorzustellen, so dass eine weitere Beschlussfassung erfolgen kann.

Begründung:

Die CDU-Fraktion hat sich in der Debatte rund um den Standort der Containerwohnanlage auf dem Gelände an der Goethestraße grundsätzlich für einen dezentralen Ansatz stark gemacht. Diesem Weg konnten die anderen Fraktionen nicht folgen, sodass nunmehr eine Containeranlage mit einer Gesamtkapazität für 180 Personen an genannter Stelle errichtet wird. Die Container werden auf 2 Jahre gemietet, sodass sich die grundsätzliche Frage nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten spätestens in 1,5 Jahre wieder stellen wird.

Uns ist bewusst und das muss man an dieser Stelle auch offen kommunizieren, dass die weitere Entwicklung der Flüchtlingsströme nicht vorhergesagt werden kann. Sollte der Flüchtlingsstrom abebben und im Frühjahr 2025 kein weiterer Bedarf an Unterkünften für Geflüchtete bestehen, so ist es nach unserem Dafürhalten dringend geboten und notwendig, die gemieteten Container abzubauen und den Wohnungsbedarf an anderer Stelle zu stemmen.

Aller spätestens ab hier sollte nach unserem Dafürhalten dem dezentralen Modell gefolgt werden, sodass die Immobilien, die in kommunaler Hand sind, für den Zwecke der Wohnnutzung „auf Vordermann“ gebracht werden. Dieser Vorgang soll von Experten aus der Immobilienbranche vorbereitet und begleitet werden, da sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass die Verwaltung hier an Grenzen stößt. Insofern ist es uns wichtig, dass die Entscheidungen zum Um- und Ausbau der Gebäude bzw. für etwaige Neubauten auf betriebswirtschaftlichen Füßen stehen.

Außerdem, und auch das haben wir im Rahmen der bisherigen Diskussionen immer wieder deutlich gemacht, ist ein jahrelanger Leerstand vorhandener Immobilien sowohl aus betriebswirtschaftlicher Sicht als auch aus Gründen der Nachhaltigkeit absolut suboptimal – dies muss dringend vermieden werden. Unter Begleitung von externen Fachleuten haben wir die Hoffnung, dass die Prozesse professionalisiert werden und die für die weiteren Entscheidung wichtigen Kennzahlen herausgearbeitet werden.

Dieser Prozess muss aber jetzt begonnen werden, sodass eine lückenlose Unterbringung gewährleistet ist und die Container nicht länger als absolut notwendig am beschlossenen Standort stehen werden.

Außerdem soll in diesem Zusammenhang auch das Objekt Bahnhofstraße 21 betrachtet werden. Unser Antrag dieses Gebäude im Hinblick auf die zeitnahe Ertüchtigung in den Blick zu nehmen, wurde leider – für uns unverständlich – abgelehnt. Nach wie vor sehen wir hier eine große Potentialfläche, an deren Stelle weiterhin (sozialer) Wohnungsbau dringend vorangetrieben werden soll. Sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus städtebaulichen Gründen. Der Standort ist prädestiniert für Wohnnutzung und gleichermaßen im Bestand kein attraktiver Anblick im Kontext des für die Öffentlichkeit sehr präsenten Bahnhofsquartiers („Tor zur Gemeinde“).

Die Zeitschiene ist hier nochmals besonders hervorzuheben. Bereits jetzt müssen die ersten Prozesse rund um die vorhandenen Immobilien eingeleitet werden; denn sonst kann es zu keinem lückenlosen Übergang kommen. Ziel muss es sein, dass die Container nicht länger als die bisher von der Verwaltung kommunizierten 24 Monate stehen – hier darf sich sowohl Verwaltung aber auch die Politik nicht nachsagen lassen, dass man sich zu spät um zusätzliche Wohnunterkünfte gekümmert hat.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Christopher Wetzel
Fraktionsvorsitzender